

Strausberg: Seniorensportspiele



Spaß am Sport und der Bewegung ist keine Frage des Alters. Daher lud der Landessportbund Brandenburg e.V. gemeinsam mit seinen Partnern bereits zum zehnten Mal zu den Seniorensportspielen des Landes Brandenburg ein. Am 20. Juni fanden diese im Rah-

men der 775. Jahr-Feier der Stadt Strausberg statt. Ab 10 Uhr erwartete alle Aktiven ab 40 Jahren im Strausberger Sport- und Erholungspark ein vielfältiges und hochwertiges Angebot. Verschiedenste Gesundheits- und Fitnessübungen gehörten dabei genauso zum Tagesprogramm wie Tennis, Selbstverteidigung, Golf oder auch Nordic Walking. Bunte Abwechslung herrschte ebenfalls bei der Seniorensportshow, bei der sich Sportvereine vor den Besuchern präsentierten. Der

Wettkampfsport nahm während der Seniorensportspiele nicht zu kurz. Natürlich war in diesem Jahr auch der Arbeitslosenservice Strausberg wieder mit einem Info Stand vertreten. Leider spielte das Wetter nicht mit und wir wurden immer wieder von einem Regenschauer überrascht. Der Stimmung tat das jedoch kein Abbruch und viele Besucher informierten sich an unserem Stand über unsere Arbeit und Angebote. Der Landessportbund hat uns bereits für die 11. Seniorensportspiele eingeladen. Wir nehmen gerne an.

lsb-brandenburg.de
Susanne Nickel



Großräschchen: Stadtfest



Großräschchen erhielt am 01.07.1965 das Stadtrecht und feierte in diesem Jahr sein 50-

jähriges Jubiläum. Aus diesem Grund fand am 12.07.2015 als Höhepunkt einer Festwoche ein Umzug der Schulen, Kindergärten, Vereine und Verbände statt. Wir als Mehrgenerationenhaus beteiligten uns ebenfalls daran. Für die Bürger_innen der See-Stadt Großräschchen sowie den Gästen aus Nah und Fern war der Höhepunkt der Festveranstaltung ein absolutes Highlight.



B. Roblick
Freiwilligenkoordinatorin

Die veröffentlichten Beiträge geben nicht notwendig die Ansichten der Redaktion wieder. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Anonyme Leserbriefe werden nicht veröffentlicht. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnerhaltend zu kürzen. Urheberrechtlich geschützte Zitate, soweit ersichtlich, werden nicht ohne Quelleangabe veröffentlicht und aus den Beiträgen entfernt.

Termine 11

15.09./16.09./17.09.2015 BFD Modul III
16.09.2015 WB der Schuldner- und Insolvenzberater
29.09.2015 weiterführende WB der Leiter_innen
06.10./07.10./08.10.2015 BFD Modul V
08.11./04.11./05.11.2015 BFD Modul II
10.11./11.11./12.11.2015 BFD Modul III
17.11.2015 Mediation
24.11./25.11./26.11.2015 BFD Modul IV
01.12.2015 WB Gewalt
01.12./02.12./03.12.2015 BFD Modul V
08.12./09.12./10.12.2015 BFD Modul VI

Bilder: S.1 fotosearch/S.2u.3 pixabay.com/S.4 Der Paritätische u. mehr-demokratie.de/S.5 Gerd Altmann u. ifa-nrw.de/S.6 u. 8 Simone Hahn u. lsb-brandenburg.de

ARBEITSLOSENVERBAND DEUTSCHLAND
LANDESVERBAND BRANDENBURG E.V.
V.i.B.G.P.: Der Vorstand

Bahnhofstr. 1A
14774 Brandenburg

Telefon: 03381-804214

Fax: 03381-804215

E-Mail: info@alv-brandenburg.de

Sie finden uns auch im Web!

www.alv-brandenburg.de

Aktiv sein - lebenslang Lernen - gemeinsam Verändern

ALV Rundbrief im Brandenburger Land

06. Oktober 2015

25 Jahre Arbeitslosenverband in Brandenburg!



Inhalt dieser Ausgabe

25 Jahre ALV-Happy Birthday 1

25 Jahre ALV auf einen Blick 1/2

Forderungskatalog gegen Kinderarmut 2

Friss oder stirb, Griechenland 3

Aufruf zur DEMO am 10.10.2015 4

Info zur Vorbereitung der DEMO 4

„Das Märchen vom Fachkräftemangel“ 5

Hartz IV und Mindestlohn 6

Großräschchen: Mitglieder-sammlung 6

Jubilare 7

Strausberg: Seniorensportspiele 8

Großräschchen: Stadtfest 8

Termine 8



Für das, was der Verband zur Erhaltung seiner Leistungen und Strukturen vor Ort tun kann, sind sicher immer die regionalen Gegebenheiten Ausgangspunkt. Engagierte

und präsenste Mitglieder sind aber das Sprachrohr und die Lobbyisten vor Ort. Sie sind diejenigen die den Grundstein unserer Arbeit bilden. An alle aktiv Tätigen und pas-

siv Unterstützenden möchte ich im Namen des Vorstandes DANKE sagen. In der Hoffnung, dass wir weiterhin gemeinsam, und vor allem noch sehr lange bei bester Gesundheit, unsere Kraft und unser Engagement im Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ungerechtigkeiten einsetzen können, wünschen wir den Mitgliedern in den Orts- und Kreisverbänden und den Mitarbeiter_innen unserer Einrichtungen viel Erfolg bei der Durchführung ihrer Jubiläumsveranstaltung.

Inga-K. Ackermann
Landesvorsitzende

25 Jahre ALV in Brandenburg auf einen Blick

Am 31.3.1990 kamen Freiwillige, sozial Engagierte und Wissenschaftler, aus allen damaligen Bezirken, nach Berlin, um den „Arbeitslosenverband der DDR e.V.“ zu gründen. Anfangs organisierten sich die Mitglieder in Bezirksgruppen. Mit der Länderbildung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, einigte man sich im Arbeitslosenverband darauf den Zusammenschluss, ähnlich der politischen Strukturen, in Landesverbänden zu wagen. Gleichzeitig wurde die Umbenennung in den „Arbeitslosenverband Deutschland e.V.“ (ALV) auf Bundesebene beschlossen. Bei der Gründung des Arbeitslosenverbandes Deutschland Landesverbandes Brandenburg e.V., am 6.Oktober 1990 in Cottbus, bildeten zunächst

die bereits existierten Bezirksgruppen Potsdam, Cottbus und Frankfurt/Oder den Landesverband. Zu ihnen gehörten 26 Selbsthilfeinitiativen, in denen sich über 150 Mitglieder und zahlreiche Sympathisanten freiwillig engagierten. Selbsthilfe war das Zauberwort! In Wohnzimmern, Kirchen, Kneipen und leergezogenen Institutionen wurden erste Kontaktpunkte eingerichtet und Menschen zum Thema Arbeitslosigkeit beraten. Schnell erkannten die Initiatoren, dass eine neue Infrastruktur geschaffen werden musste und begannen mit dem Aufbau von Arbeitslosenzentren und Arbeitslosentreffs. Aus diesen ehrenamtlichen Selbsthilfebewegungen entstanden bis Ende 1992 im Land Brandenburg 39 Arbeitslosenzentren

und Arbeitslosentreffs. Heute sind die mehr als 1.000 Mitglieder des ALV Brandenburg in 5 Kreisverbänden und 16 Ortsvereinen organisiert und gestalten ihr Vereinsleben und die Interessenvertretung vor Ort. Sie planen regionale Aktivitäten und Aktionen. An 35 Standorten bieten wir Angebote und Dienstleistungen mit regionaler Differenz und unterschiedlicher Art an. Unsere BürgerInformations- und ServiceZentren (BISZ), SozialWirtschaftlichen Hilfen (SOWI) und unsere Generationsübergreifende Angebote (GEN) sind offen, sind allen Generationen zugänglich und stellen auch sehr individuelle Hilfen und Dienstleistungen zur Verfügung. Wir beraten und begleiten, checken Möglichkeiten, vermitteln Kontakte und motivieren immer wieder



25 Jahre ALV in Brandenburg auf einen Blick

Fortsetzung

neu, auch selbst aktiv zu werden. Der Brandenburger Arbeitslosenverband ist Mitinitiator der Landesarmutskonferenz, vertritt seine Standpunkte u.a. zu einer öffent-

lich geförderten Beschäftigung, arbeitet in zahlreichen landesweiten Gremien aktiv mit und mischt sich überall da ein, wo über die Lebenslagen der Erwerbslosen

und sozial Benachteiligten entschieden wird.

Inga-K. Ackermann
Landesvorsitzende

Aktiv sein, lebenslang Lernen, gemeinsam Verändern

Forderungskatalog gegen Kinderarmut



Im Mittelpunkt des am 24. Juni 2015 von der Landesarmutskonferenz Brandenburg (lak) organisierten „Parlamentarischen Gespräch“ stand die Bedeutung von Armut für den Alltag von Familien und für das Aufwachsen von Kindern. Mitgliedsorganisationen, Parlamentarier aus dem Brandenburger Landtag und Interessierte diskutierten über mögliche Ansätze zur Vermeidung und zur wirksamen Bekämpfung von Armut. Im Einstiegsvortrag hat Herr Dr. Rudolph Martens (Forschungsstelle des Paritätischen Gesamtverbands) die Entwicklung und das Ausmaß von

Armut in Brandenburg bzw. Deutschland dargestellt z.B.: Frau Antje Funk (Bertelsmann Stiftung) nahm mit ihrer kürzlich vorgestellten Studie, zum Einfluss von Armut auf die Entwicklung von Kindern, den Beginn der Armutskarrieren in den Fokus. Das Forderungspapier zur Bekämpfung der Kinderarmut im Land Brandenburg und den **Aktionsplan gegen Kinderarmut**. Landesarmutskonferenz stellt Forderungskatalog vor; nachzulesen unter www.liga-brandenburg.de > Aktionsplan. Im Ergebnis der vorangegangenen Mitgliederversammlung der lak verabschiedeten die Teilnehmer_innen einen Forderungskatalog an die Landesregierung. Ein landesweiter Aktionsplan gegen Kinderarmut soll schnellstmöglich erarbeitet und umgesetzt werden. Kernforderungen der lak sind:
 ► ein gezielter Einsatz finanzieller Mittel zur Armutsbekämpfung,
 ► eine nachhaltige und aus-



kömmliche Strukturförderung und Erhaltung bestehender Einrichtungen und Netzwerke für Kinder und Familien,
 ► die Umsetzung von Handlungsstrategien zur Armutsprävention in Kitas, Schulen und Jugendhilfeangeboten,
 ► ein gleichberechtigter Zugang zur Gesundheitsvorsorge für alle Kinder,
 ► die Unterstützung der Berufsausbildung und Erwerbstätigkeit der Eltern, insbesondere Alleinerziehender.

Inga-K. Ackermann
Landesvorsitzende

Armut nach soziodemografischen Merkmalen in % gemessen am Bundesmedian

Merkmal	Brandenburg		Ostdeutschland		Westdeutschland	
	2005	2013	2005	2013	2005	2013
Insgesamt	19,2	17,7	26,4	18,8	13,2	14,4
Alter						
Über 18	26,9	23,8	29,6	26,0	17,6	17,6
18 bis unter 25	29,5	26,2	31,9	34,4	20,6	23,0
Haushalttyp						
Erpersonenhaushalt	31,4	31,3	31,3	32,8	20,7	24,5
Zwei Erwachsene	10,9	10,9	10,1	10,5	7,8	8,9
Alleinerziehend	51,7	52,9	46,9	49,2	36,7	40,7
Zwei Erwachsene und ein Kind	17,6	10,8	18,4	12,3	9,7	8,7
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	20,2	12,3	21,7	16,4	10,3	9,7
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	32,7	30,4	36,5	30,9	24,6	23,3
Erwerbsstatus						
Selbständige	13,0	11,5	13,4	12,9	7,9	8,0
Abhängig Erwerbstätige	10,3	8,8	11,1	11,0	8,1	8,8
Erwerbslos	57,9	65,9	57,3	68,7	44,9	53,8
Parteilos/sonst.	10,6	15,3	10,3	15,3	10,8	15,2



Jubilare



10 Jahre

Sölle	Petra	Brandenburg
Kuhnt	Ute	HVL/Nauen
Goßmann	Michael	Großräschen
Pietzke	Matthias	HVL/Nauen
Reichmann	Inge	HVL/Nauen
Ihrke	Christiane	HVL/Nauen
Fiedler	Anja	Herzberg
Lillack	Uta-Ilona	Herzberg
Mange	Ines	Herzberg
Thomä	Bern	Herzberg
Gundermann	Yvonne	Spremberg
Vogel	Solveig	Potsdam
Thiele	Veronika	Großräschen
Buder	Sabine	Luckenwalde
Schmidt	Edeltraud	Potsdam
Thiele	Monika	Großräschen
Wagner	Harald	Großräschen
Hermendorf	Brigitt	Zehdenick
Terno	Renate	Lückau
Hinkel	Heidemarie	HVL/Nauen

15 Jahre

Hellriegel	Hans-Joachim	Jüterbog
Giggel	Annemarie	Lübbenau
Kremski	Annemarie	Lübbenau
Zirkler	Christa	Oranienburg
Pischke	Brigitt	Finsterwalde
Großmann	Sybille	Herzberg
Hoffmann	Margitta	Großräschen
Bensch	Elke	Großräschen

20 Jahre

Zenker	Anita	Bernau
Hildebrandt	Hans-Joachim	Großräschen
Kube	Karola	Herzberg
Gnadt	Manfred	Herzberg
Becker	H.-Christian	Potsdam

25 Jahre

Use	Ulrike	Großräschen
Weber	Barbara	Großräschen
Hapich	Dittgard	Herzberg

Der Landesvorstand bedankt sich an dieser Stelle bei allen Jubilaren für ihre Treue zum Verband, für die vielen ehrenamtlich erbrachten Leistungen und geopferten Stunden von persönlicher Freizeit. Nochmals herzlichen Dank.

Der Landesvorstand



„Hartz IV und Mindestlohn“ in der aktuellen politischen Diskussion

Die Arbeitstagung der KOS (Koordinierung gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen) fand vom 01. bis 03. Juli 2015 unter dem Thema: „Hartz IV und Mindestlohn in der aktuellen politischen Diskussion“ in dem ver.di - Institut für Bildung, Medien und Kunst (IMK) in Lage Hörste statt. Seit 1992 nimmt der Arbeitslosenverband Deutschland LV Brandenburg e.V. regelmäßig als Partner daran teil. Der erste Vortrag zur „Rechtsvereinfachung“ wurde von Frau Ulrike Gieselmann von Widerspruch e.V. gehalten. In der Diskussion wurde unter anderem das Problem der Sanktionen im Mittelpunkt gestellt und macht es Sinn sich als Gruppe der Erwerbslosen mit Vorschlägen einzubringen. In den drei Arbeitsgruppen wurde im Ergebnis durch die durchgeführten Fragebogenaktion der KOS, insbesondere:

1. Unverständliche und falsche Bescheide,
 2. Kosten der Unterkunft mit den vielen Baustellen,
 3. Anrechnung von Einkommen.
- In allen drei Arbeitsgruppen diskutiert und angeregt ein Resolution der Tagung zu verabschieden.

Es folgte der Vortrag zum „Einstweiliger Rechtsschutz – wie geht das und was kann man damit erreichen“ von der Sozialrechtlerin der IG Metall, Frau Amelie Schummer und der Vortrag von Dr. Rudolf Martens, Leiter der paritätischen Forschungsstelle, unter dem Thema, „Neue Festsetzung der Regelsätze aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2013- was folgt daraus“ gehalten und diskutiert. Beide Vorträge können auf der Internetseite der KOS www.erwerbslos.de, als PDF, herunter geladen werden. Besondere wichtige Diskussionspunkte waren:

1. Bedarfsdeckung für Kinder (Entwicklungschancen),
2. Regelleistung und Arbeitsmarkt – Angst vor sozialem Abstieg – Druckmittel Niedriglohntsektor, prekäre Beschäftigung und Aufstocker,
3. Einmalbeihilfen wieder zurück in den Regelsatz,
4. EVS – Herleitung Warenkorb Vergleichsgruppe mindestens 30% und mehr,
5. Kindergeld – keine Anrechnung (Reform wird gefordert),

6. Kein Mindestlohn für Langzeitarbeitslose – DGB Papier: Keine Ausnahme von Mindestlohn für Langzeitarbeitslose,

7. Auswertung der Kampagne: „Auf Recht bestehen“ – Was lief gut und was lief schlecht.

Es wurde ein Entwurf der Resolution erstellt unter dem Titel: Armut und Ausgrenzung überwinden – Hartz-IV-Regelsätze deutlich erhöhen! Anforderungen der gewerkschaftlichen Erwerbslosen-Gruppen an die bevorstehende Neufestsetzung der Hartz-IV-Regelsätze, wurden in der Tagung erarbeitet. In der Diskussion gab es viele wichtige Hinweise. Eine gebildete Arbeitsgruppe wird die Resolution überarbeiten und den Initiativen zur Verfügung stellen. „Welches Ausmaß an sozialer Ungleichheit kann und will sich die Gesellschaft leisten? Diese Fragen können letztlich nur politisch entschieden werden“ - Zitat aus der Resolution.

*Dittgard Hapich
Vorstandsmitglied*

Großräschen: Mitgliederversammlung im MGH „Ilse“



Die Mitgliederversammlung des Ortsvereins Großräschen fand am 16. Juni 2015 im Mehrgenerationenhaus „Ilse“ statt. Gemeinsam blickten wir auf die Vereinsarbeit des Jahres zurück und informierten die Mitglieder über noch bevorstehende Veranstaltungen in diesem Jahr. Für ihr Engage-

ment und Treue zum Arbeitslosenverband wurden langjährige Mitglieder mit Geschenken geehrt. In diesem Jahr hatten wir auch Jubilare deren



Mitgliedschaft 25 Jahre besteht. Deshalb bedankten wir uns be-

sonders bei Frau Grehn, Frau Use und Frau Weber für ihren erbrachten Einsatz im Ortsverein und für den Arbeitslosenverband. Wir haben dieses Jahr noch einige Aktivitäten geplant. Am 19. August findet unsere Bildungsfahrt statt, welche in den Spreewald erfolgt. Der besondere Höhepunkt in diesem Jahr ist die Veranstaltung am 23. September anlässlich der 25 Jahr-Feier des Arbeitslosenverbandes in unserem Haus. Geplant ist eine Festveranstaltung mit geladenen Gästen und einem anschließendem Kinder- und Familienfest für alle Großräschener, Mitglieder, Ehrenamtler und Mitarbeiter.

*B. Roblick
Freiwilligenkoordinatorin*

Friss oder stirb, Griechenland



kann, kann auch nichts zurückgezahlt werden oder nur durch existenzbedrohende Sparmaßnahmen. Deshalb gilt es vordergründig, die griechische Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Darüber hinaus mussten sich die Griechen auf Betreiben vom deutschen Finanzminister verpflichten, Staatseigentum zu verkaufen. Häfen und Flughäfen stehen zur Privatisierung an. Die Treuhand lässt grüßen, die das „Tafelsilber der DDR“,

„Richtig, endlich werden die Griechen zum Sparen und zu Reformen gezwungen, schließlich wollen sie ja weitere Milliarden von unserem Geld“. So denken viele, auch Mitglieder und Beschäftigte unseres Arbeitslosenverbandes. Aber es ist falsch. Denn bisher hat „uns“ das nichts gekostet. Es sind Kredite einschließlich Zinsen die Griechenland bezahlt. Es ist allerdings offen, wie viel je zurückgezahlt werden kann, weil die Schulden sehr hoch sind und das neue Kreditpaket diese Schulden sogar noch erhöht. Griechenland war 2010 zahlungsunfähig. Bei einem normalen Insolvenzverfahren wäre ein großer Teil der Schulden gestrichen worden. Das hätte vor allem deutsche und französische Banken getroffen. Denn an diese und nicht an die Griechen floss „unser Geld“, indem EU und IWF mit Geld der Steuerzahler die Schulden übernahmen. Dieser „Rettungsring aus Blei“ hat Wirtschaft und Einkommen der Griechen um ein Viertel schrumpfen lassen, die Armut explodierte, die Arbeitslosigkeit verdoppelte sich und der Schuldenberg wurde trotz dieser Kürzungen immer größer. Athen musste seine Staatsausgabe seit 2010 um 26 Prozent kürzen. Das neue „Hilfspaket“ verschärft die Situation noch einmal drastisch. Jede Hausfrau weiß eigentlich: Wo nichts eingenommen werden

wettbewerbsfähige gut florierende Betriebe verramscht. So hat sich u. a. die deutsche „Fraport AG“ (übrigens ein deutsches Staatsunternehmen) für den Kauf von 14 Flughäfen auf den griechischen Inseln beworben, natürlich nur die gewinnbringenden. Die Flughäfen mit Verlust soll Griechenland weiter selbst betreiben. Welche Chancen hat Griechenland aus dem Schuldental herauszukommen bei so einer Politik. Wer rettet wen? Hier ein paar Fakten statt Mythen im Streit um Griechenland. Bis zur Krise war Griechenland kein europäisches Problem-land. Die Wirtschaft wuchs kräftig, die Verschuldung war hoch, aber stabil. Aber Griechenland war bis zur globalen Finanzkrise nicht der größte Schuldner der Eurozone. In Fragen der Haushaltspolitik ist Griechenland zweifelsfrei alles andere als ein Musterschüler. Die Steuerpolitik und die Struktur der Ausgaben müssen dringend reformiert werden. Ab 2009 ließen sich auslaufende Staatsanleihen nur noch zu wesentlich schlechteren Konditionen ersetzen. Für 10jährige Staatspapiere stieg der Zinssatz von 5 auf 40 Prozent. Athen musste die Staatsausgaben seit 2010 reduzieren, die Wirtschaft schrumpfte um 26 Prozent seit Beginn der Krise. Die inländische Nachfrage brach um 30 Prozent ein. Die Arbeitslosenquote liegt

bei 29, bei Jugendlichen bei 50 Prozent. Zwei Drittel sind Langzeitarbeitslose, die keine Arbeitslosenunterstützung mehr erhalten. Das Spardiktat der Troika hat eine extreme soziale Schieflage. Die Hauptlast tragen die Beschäftigten, die Staatsangestellten, die Rentner, Kranken und Arbeitslosen. Die wirtschaftlichen Eliten hingegen blieben verschont. 25 Prozent der griechischen Bevölkerung lebt in Armut, weitere 35 % sind von Armut bedroht. Jeder Dritte kann seine Miete oder Hypothek nicht mehr bezahlen und ist nicht mehr krankensichert. Ökonomen haben für eine solch wirkungslose Kürzungspolitik einen Namen: Sparparadoxon. Wer in der Krise Staatsausgaben, Sozial- und Arbeitseinkommen kürzt und streicht, entzieht dem Wirtschaftskreislauf wichtige Nachfrage. Unternehmen können deshalb weniger absetzen. Folglich schrumpft die Wirtschaft. Griechische Luxuserzeugnisse? Das durchschnittliche Renteneintrittsalter liegt bei 61,4 Jahren (wie in BRD). Die durchschnittliche Monatsrente liegt bei 665 Euro. Zahlmeister Deutschland? Deutschland profitiert von den griechischen Hilfsprogrammen. Zwischen 2010 und 2014 hat der Bund 350 Millionen Euro aus griechischen Zinszahlungen eingenommen. Seit der Krise bezahlt Deutschland einmalig niedrige Zinsen. Die Ersparnis der öffentlichen Hand wird auf 60 bis 80 Milliarden € seit 2010 geschätzt.

Fazit: Den Griechen wurde bisher nichts geschenkt, sie erhielten lediglich Kredite. Das Sparpaket der Troika hat eine extreme soziale Schieflage. Um alte Schulden zu bedienen, sind die Griechen auf weitere Kredite angewiesen. Wirtschaftliche Erholung ist die Voraussetzung für die Begleichung von Schulden.

*Marianne Wendt
Vorsitzende des Bildungswerkes*



Aufruf zur Teilnahme an der Demo am 10.10.2015

Unter dem Motto „Stoppt TTIP und CETA!“ findet am 10. Oktober 2015 in Berlin eine hoffentlich große Demo statt, um der Politik zu verdeutlichen, dass nicht weiter hinter verschlossenen Türen verhandelt werden darf, da die Vereinbarungen der Freihandelsverträge die Menschen in den betroffenen Ländern stark betreffen werden. Wobei geht es in TTIP (Transatlantische Handel- und Investitionspartnerschaft) mit den USA und CETA (Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen) mit Kanada und warum ist ein Bündnis von über 250 Organisationen aus ganz Europa dagegen? Die EU ist insbesondere am Marktzugang für das US-amerikanische Beschaffungswesen interessiert. Gegenwärtig können sich nur ausschließlich US-amerikanische – Firmen an Ausschreibungen beteiligen. Die USA verfolgen primär den Zollabbau, besonders für die Agrarindustrie. Derzeit verhandeln

die EU und die USA den TTIP-Vertrag und CETA steht vor der Ratifizierung. Beide Abkommen drohen Demokratie und Rechtsstaat auszuhöhlen und Umwelt- und Verbraucherschutz zugunsten von Wirtschaftsinteressen auszuhebeln. Profitieren werden dabei vor allem große Weltkonzerne, zum Nachteil aller. Das sind die Kritikpunkte: Ideologie des freien Handels, denn vom unregulierten Freihandel profitieren vor allem, die Starken und Mächtigen, der Klein- und Mittelstand bleibt auf der Strecke. Suche nach Arbeitsplätzen und Einkommen, weil die europäischen Standards im Arbeits-, Sozial-, Umwelt und Datenschutz ausgehöhlt werden. Investorenschutz: Kanadische und US-amerikanische Firmen sollen das Recht erhalten, Staaten auf Schadenersatz zu verklagen, wenn ihnen Profite durch Entscheidungen des Staates ent-

gehen. Das wäre u. a. der Fall, wenn Bürgerbewegungen sich gegen Vorhaben wenden, deren Umsetzung nicht ausreichend erforscht sind und Gefahr für die Menschen in der jeweiligen Region bedeutet (z. B. das Fracking). Liberalisierungen und Privatisierungen sollen zur Einbahnstraße werden. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten werden unter Druck gesetzt, Risikotechnologien wie u. a. das Fracking oder gentechnisch veränderte Organismen zu erlauben. Die Privatisierung von gesellschaftlich notwendigen Gütern wie Wasser, Bildung und Gesundheit werden angestrebt. Also liebe Mitglieder des Arbeitslosenverbandes, es muss uns Ehrensache sein, am 10. Oktober 2015 mit weiteren zig 1000 Menschen an diesem Tage den Regierenden die „Rote Karte“ zu zeigen. Ich jedenfalls bin mit meiner Familie dabei.

Marianne Wendt
stellv. Vorsitzende

INFO zur Vorbereitung auf die DEMO

Mobilisieren? Aber richtig!



Praxisworkshop am 9. Oktober 2015 in der Zeit von 12:00 Uhr bis 18:00 Uhr. Dieser Workshop findet im Palais und Kesselhaus in der Kulturbrauerei, Schönhauser Allee 36, 10435 Berlin statt. Gerichtet an alle, die sich vernetzen und etwas bewegen wollen. Der Teilnahmebeitrag beträgt 50,00 EURO. Anmeldeschluss ist der 18. September 2015. Anschließend **Rock gegen TTIP**. Eine große Mobilisierungs-Party findet dann am Abend ab 20:00 Uhr statt. Mit einem Live-Konzert der Berliner Rock-Band DUDE und anschließender Party mit DJ in der Berliner Kulturbrau-

erei. Eingeladen sind alle, die mit uns gemeinsam feiern, tanzen und sich auf die Großdemonstration am Samstag einstimmen wollen. Kartenvorbestellungen: online über www.paritaet.org/ttip oder direkt per E-Mail an ttip-demo@paritaet.org, Eintritt: 5,00 EURO.

Der Paritätische
Gesamtverband

DEMO am 10. Oktober

STOP
TTIP
CETA

SA. 10. OKT. BERLIN/HBF 12^{UHR}
FÜR EINEN GERECHTEN WELTHANDEL!

DEMO

„Das Märchen vom Fachkräftemangel“



Am 01.07.2015 und am 15.07.2015 trafen sich die Vertreter_innen der Ortsvereine und Kreisverbände zur Weiterbildung aus den Standortbereichen Süd in der noch neuen und schönen Einrichtung in Bad Liebenwerda und in der Einrichtung in Strausberg aus den Standortbereichen Nord. Im Fokus dieser beiden Veranstaltungen stand die Dokumentation: „Das Märchen vom Fachkräftemangel.“ Seit Jahren wird von der Deutschen Wirtschaft und der Bundesagentur für Arbeit ein Fachkräftemangel beklagt. Aber stimmt das wirklich? Die Arbeitslosigkeit ist leicht ansteigend und trotzdem fehlen Fachkräfte, so hört man es immer wieder. Wie in der 45 min. Dokumentation dargestellt, sind sich Experten längst darüber einig, es gibt zwar einen wirklichen Mangel, aber nur in wenigen Bereichen. Arbeitsmarktexperten sind der Meinung, wenn wir nichts unternehmen, dann werden die Unternehmen in Deutschland in einigen Jahren wirklich verzweifelt nach qualifiziertem Personal suchen. Also warum reden wir schon heute von einem Fachkräftemangel. Eine gute Portion politisches Gepolter, darauf läuft das ganze hinaus. Die Dokumentation vermittelt eindrucksvoll, ausführlich und gut recherchiert, einen flächendeckenden Fachkräftemangel gibt es in Deutschland nicht. Im Gesundheitssektor gibt

es zwar einen erhöhten Bedarf an Arbeitskräften aber von einem generellen und branchenübergreifenden Mangel kann nicht die Rede sein. **Laut FOKUS:** „Und auch das Institut der deutschen Wirtschaft Köln, das den Fachkräftemangel oft medienwirksam bewirbt, schreibt in einer Studie aus dem Oktober 2008: „Ein qualifikationsgruppenübergreifender Fachkräftengpass im Segment Hochqualifizierter kann nicht konstatiert werden.“ Vielmehr beschränke sich der Fachkräftemangel auf bestimmte Berufsgruppen, die sogenannten MINT-Qualifikationen, also Berufe, die Qualifikationen in den Bereichen Mathematik, Informatik, Natur- und Technikwissenschaften voraussetzen. Besteht also Einigkeit, dass in diesem Bereich ein Mangel an Fachkräften besteht? Nein, auch das nicht.“ **So heißt es weiter:** Es gäbe zu wenig Ingenieure. „Auch zeigt sich, so das IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung), dass die Anforderungen für eine Ingenieursstelle überdurchschnittlich hoch sind. Im IAB-Kurzbericht 18/2008 heißt es dazu: „Laut Betriebsbefragung wurde bei 62 Prozent der erfolgten Stellenbesetzungen eine längere Berufserfahrung vorausgesetzt, bei 25 Prozent Kenntnisse, die erst nach dem Studium in Lehrgängen und Kursen vermittelt werden. Hochschulabgänger oder Berufsneulinge dürften also für zahlreiche of-

fene Stellen gar nicht infrage kommen.“ Viele Ingenieure, die gerne arbeiten wollen, sind laut dieser Statistik also gar nicht ausreichend dafür qualifiziert.“ 69.000 Stellen sind nicht besetzt – und 20.000 vermeintlich gut ausgebildete Ingenieure suchen einen Arbeitsplatz. Vielleicht müssten die Unternehmen auch einen Schritt auf die Bewerber zugehen. „Die Arbeitgeber könnten sich bewegen“, sagt IAB-Experte Heckmann. „Es stellt sich die Frage, wenn die Arbeitgeber irgendwelche Vorstellungen haben, die die Bewerber nicht vollständig erfüllen – wie gehe ich dann als Arbeitgeber damit um? Inwieweit könnte ich die ausgeschriebene Stelle variieren, sie zum Beispiel besser vereinbar machen, für Beruf und Familie?“ Es werden also in der Wirtschaft, der Bundesagentur für Arbeit und den Verbänden der Ingenieure Klagen über den „Fachkräftemangel“ geführt. Tatsächlich - und das weist die Dokumentation nach - sollen damit die Löhne und Gehälter der betroffenen Gruppen gedrückt und zielgerichtet billige ausländische Fachkräfte gewonnen werden. Es wird zum Anderen unterlassen, aus den vorhandenen Arbeitslosen durch Aus- und Weiterbildung notwendige Fachkräfte heranzubilden. Dies kostet natürlich Geld. Die Fachkräfte aus dem Ausland erhalten wir „fertig“. **Die Dokumentation „Das Märchen vom Fachkräftemangel“, wurde 2014 abgedreht und hat die derzeitige Flüchtlingsproblematik nicht aufgegriffen. Daher bleibt die momentan geführte gesellschaftliche Debatte dazu unberührt.** Die Diskussion der Teilnehmer_innen der Weiterbildung, vertiefen die Erkenntnisse zur Dokumentation, die lehrreich war.

Yvonne Lindenberg
Bildungs koordinatorin

